

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 21.11.2013
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kaufmann, Nils
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede (bis 19:35 Uhr)
Pohlmann, Marianne für Benjamin Swieter

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut für Herbert Buisker
Hegewald, Reinhard

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lechner, Katja

FDP-Fraktion

Fooker, Ralf

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Eggerking, Ursula Vertreterin der Elternschaft
Kalvelage, Arthur Vertreter der Arbeitgeberverbände
Molthagen-de Beer, Insa Lehrervertreterin der berufsbildenden Schulen
Seeck, Dietmar Vertreter der Arbeitnehmerverbände
Stüber, Gudrun Lehrervertreterin der allgemeinbildenden Schulen

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd (bis 18:45 Uhr)

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Lier, Robert
Schurig, Hans-Carl
Szag, Elisabeth
Jetses, Karin

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer bittet aufgrund aktueller Entwicklungen zwischen den Gebietskörperschaften (LK Aurich, Leer, Wittmund und der Stadt Emden) um Vertagung des Tagesordnungspunktes 8, Vorlage 16/1011 „Sachstandsbericht Bildungsrat Ostfriesland“ auf die nächste Schulausschusssitzung am 23.01.2014. Dem wird zugestimmt.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 11 über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses, Sportausschusses und Jugendhilfeausschusses am 11.09.2013 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 11 über die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses, Sportausschusses und Jugendhilfeausschusses am 11.09.2013 – öffentlicher Teil - wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 12 über die Sitzung des Schulausschusses am 01.10.2013 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Schulausschusses am 01.10.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Frau Barbara Meyerhoff, stv. Bürgermeisterin in Rechtsweg, bittet darum, Frau Ilona Hinrichs, eine Mutter aus Rechtsweg, in der heutigen Sitzung zu TOP 11, Vorlage 16/1012 „Erhalt der Sprachheilklassen; Antrag der FDP-Fraktion v. 25.09.2013, vortragen zu lassen. **Herr Renken** weist Frau Meyerhoff darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde es nur EinwohnerInnen der Stadt Emden ermögliche, Fragen zu stellen. Er erkundigt sich bei den Schulausschussmitgliedern, ob es Einwände gäbe, in diesem Fall von der Geschäftsordnung abzuweichen. Dies ist nicht der Fall.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Frau Barbara Meyerhoff bedankt sich für das Rederecht und berichtet von der fünfjährigen Tochter von Frau Hinrichs, deren Sprachprobleme von den LehrerInnen in den normalen Unterrichtsstunden nur schwer aufzufangen seien. Sie appelliert daher an den Schulausschuss, zwischen dem LK Aurich und der Stadt Emden bezüglich einer Sprachheilklasse zu kooperieren.

Frau Hinrichs, die Mutter des fünfjährigen Mädchens erläutert den Gesundheitszustand ihres Kindes und geht auf ihre Petition ein, im Interesse ihrer Tochter und aller anderen betroffenen Kinder und Eltern die Sprachkindergärten und Sprachheilklassen für ca. zwei bis drei Jahre noch zu erhalten.

Herr Sprengelmeyer verweist auf die ausführliche Behandlung unter dem heutigen Tagesordnungspunkt. Er gibt zu bedenken, dass in Emden bereits seit zwei Jahren keine Sprachheilklassen mehr gebildet würden. Es gäbe zurzeit zwar noch eine Sprachheilklasse mit drei Emdern und zwei auswärtigen Kindern in Emden, diese laufe aber zum 31.07.2014 aus. Er werde die Anregung von Frau Hinrichs aber gerne noch einmal mit dem LK Aurich thematisieren.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Einrichtung einer Klasse 11 in der Fachoberschule Wirtschaft zum 01.08.2014 an den Berufsbildenden Schulen I (BBS I)
Vorlage: 16/1009

Herr Buß erläutert die Vorlage. Dabei geht er auf das bisherige Bildungsangebot an der BBS I, das stetig steigende Interesse von SchülerInnen, die in Emden eine Fachoberschule mit den Klassen 11 und 12 besuchen wollten und die Erweiterung des Angebotes durch die o. g. Klasse ein.

Bisher hätten die interessierten SchülerInnen nach Leer oder Aurich verwiesen werden müssen oder hätten auf andere Schulformen ausweichen müssen, die nicht dem vorrangigen Schulwunsch entsprächen. Die Schule sehe sich sächlich und personell in der Lage, dieses Angebot umzusetzen. Es entstünden der Stadt Emden als Schulträger keine zusätzlichen Kosten.

Beschluss: An den BBS I der Stadt Emden wird vorbehaltlich der Genehmigung durch die Niedersächsische Landesschulbehörde zum 01.08.2014 eine Klasse 11 in der Fachoberschule Wirtschaft eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

TOP 7 Sachstandsbericht Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 16/1010

Herr Sprengelmeyer zeigt sich erfreut über die Genesung des FD-Leiters Schule und Sport, Herrn Buß. Die Abwesenheit von Herrn Buß sei für den FB 600 eine besondere Herausforderung gewesen.

Danach geht er auf die Schulentwicklungsplanung ein:

Er appelliert an den Schulausschuss, bezüglich der Einrichtung einer Sekundarstufe II an der IGS zunächst die Trendmeldungen der Eltern der Viertklässler im Januar 2014 abzuwarten.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Wenn sich die Anmeldezahlen in den nächsten Jahren bestätigen sollten, könne die Genehmigung für das Frühjahr 2015 in Aussicht gestellt werden (siehe Anlage 1 – Schreiben der Nds. Landesschulbehörde v. 08.11.2013). Für die planerischen und organisatorischen Vorbereitungen dürfte bis zum Schuljahresbeginn 2016/2017 dann noch genügend Zeit zur Verfügung stehen.

Er verweist auf die Vorstellung der Baumaßnahme „Sporthalle“ in den verschiedenen Ausschüssen. Diese sei „in trockenen Tüchern“ und gehe seinen vorgestellten Gang.

Die Planungsgruppe Gymnasium am Treckfahrtstief/BBS I hätte seit der letzten Sitzung noch nicht wieder getagt. Er gehe aber davon aus, dass für die vom Schulelternrat und der Schulleitung geäußerten Probleme bezüglich der Fach- und allgemeinen Unterrichtsräume sowie der Pausenhalle Lösungen gefunden würden. Die nächste Sitzung der Planungsgruppe werde im Dezember 2013 stattfinden.

Herr Bornemann weist darauf hin, dass bei der Planung und der Ausgestaltung der Integrierten Gesamtschulen von Klassenstärken mit 24-SchülerInnen ausgegangen worden sei. Die Teilungsgrenze sei nicht berücksichtigt worden. **Herr Sprengelmeyer** bedankt sich für den Hinweis und geht auf die Oberschulen ein:

Die Verwaltung hätte auf Antrag der Schulen Oberschulen für die Realschule sowie die Schulen in Wybelsum und Barenburg beantragt. Die Landesschulbehörde sehe sich in der Lage, Oberschulen an der Schule Wybelsum sowie der Realschule zu genehmigen. Die Schule Barenburg werde zunächst keine Genehmigung für eine Oberschule erhalten. Diese Entscheidung könne sich aber nach der Tendenz der Anmeldezahlen und einer gegebenen Zweizügigkeit an der Schule Barenburg noch verändern.

Bisher sei daher davon auszugehen, dass die Stadt Emden im nächsten Sommer im Sek. I – Bereich zwei Gymnasien, eine IGS, zwei Oberschulen und eine Haupt- und Realschule vorhalten werde.

Er weist darauf hin, dass die Verwaltung in Abstimmung mit allen Schulen zentrale Infoveranstaltungen für Eltern und Sorgeberechtigte der vierten Klassen vorhalten werde. So bekämen alle interessierten Eltern einen Überblick über die verschiedenen Schulformen. Auch die Beschlüsse des Rates der Stadt Emden würden dort noch einmal in ihrer Bedeutung aufgezeigt.

Die Planungsgruppe der Grundschule Herrentor habe aus zeitlichen Gründen bisher noch nicht getagt. Bezüglich der wöchentlich eingehenden Fragen zur Inklusion, dem Abschluss von Honorarverträgen, der Weiterentwicklung von pädagogischen Konzepten usw. verweist er auf TOP 12, Vorlage 16/1018 „Zukunft des Projektes „Lern- und Lebenswelt Grundschule“; (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 06.11.2013).

Er erinnert an die Pläne der Verwaltung, die Grundschule Grüner Weg um eine Mensa zu erweitern. Hierfür sei ein Kostenvolumen von 325.000 € in die Finanzplanung mit aufgenommen worden. Außerdem werde zurzeit mit dem Gebäudemanagement nach einer Lösung für die Verpflegungssituation an der Fruchteburgschule gesucht. Die Fruchteburgschule sei ebenfalls seit einigen Jahren Ganztagsschule und die Verpflegung finde zurzeit in der Mensa des JAG statt. Die Vorschläge würden dem Rat im 1. Halbjahr 2014 vorgestellt.

Danach geht er näher auf das Thema Inklusion und den Beitrag von Frau Meyerhoff und Frau Hinrichs unter TOP 5 „Einwohnerfragestunde“ ein. Hier gäbe es drängende Probleme. Letztlich gehe es darum, die Eingliederungs- und Jugendhilfe, das Schulgesetz und das Familienrecht „unter einen Hut“ zu bekommen. Dies sei nicht einfach und werde sicherlich noch zu zahlreichen Diskussionen führen. **Herr Renken** bedankt sich für den umfassenden Vortrag der Verwaltung.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Herr Bongartz möchte wissen, warum der Punkt „Inklusion“ vom Land Niedersachsen aus dem Schulgesetz herausgenommen worden sei. Er habe hierfür kein Verständnis.

Anschließend nimmt er Stellung zu dem zwischenzeitlich bei der Bauaufsicht der Stadt Emden eingereichten Bauantrag für das GAT am Steinweg und den zwischenzeitlich von Herrn Tapper, dem Leiter des GAT, geäußerten Bedenken bezüglich der Kapazitäten der zur Verfügung stehenden Räume. Herr Bongartz möchte wissen, ob der eingereichte Bauantrag diesbezüglich noch eine Erweiterung zulasse. **Herr Sprengelmeyer** erwidert, die Verwaltung werde diesbezüglich noch verschiedene Möglichkeiten prüfen und die Lösungsansätze würden natürlich auch dem Rat vorgestellt, denn letztendlich entscheide der Rat über den Umfang der Baumaßnahme.

Herr Buß erwidert auf die Ausführungen von Herrn Bongartz, die Ankündigung des Landes betreffe nur den Schwerpunkt Sprache. Es gehe nicht darum, die Beschlusslage zum Gesamthema Inklusion zu verschieben, sondern darum, das Auslaufenlassen der Nds. Sprachförderschulen noch bis zum Schuljahr 2015/2016 hinauszuschieben.

Herr Bornemann erklärt, auf der letzten Landräte- und Oberbürgermeisterkonferenz Weser-Ems sei deutlich auf eine notwendige Änderung des Schulgesetzes bezüglich der Beschäftigung von Integrationshelfern und Schulbegleitern hingewiesen worden. Hier sei es mit 500 Schulbegleitern und Integrationshelfern in den letzten 12 Monaten zu einem 23 %igen Kostenanstieg gekommen.

Frau Lechner erläutert, im letzten Betriebsausschuss des Gebäudemanagements sei mitgeteilt worden, dass von Seiten der IGS noch klare Aussagen für evtl. Umbaumaßnahmen fehlten. Sie möchte wissen, ob es, wenn von 30-er-Schulklassen ausgegangen werde, überhaupt möglich sei, eine fünfzügige IGS im GAT-Gebäude unterzubringen.

Außerdem interessiere sie, ob davon ausgegangen werden könne, dass der Mensa-Bau in der momentanen Herrentor-Grundschule erfolgen werde und diese in die Wallschule ziehen werde. **Herr Sprengelmeyer** verweist auf seine bereits gemachten Ausführungen in der Sache. Bezüglich einer geplanten Fünf- oder Sechszügigkeit an der IGS werde die Verwaltung auf dem Hintergrund der Ratsbeschlüsse genügend Spielraum haben, entsprechend dem Anmeldeverhalten der Eltern entsprechend reagieren zu können. **Herr Bornemann** pflichtet dem bei. Es könnten Entscheidungen getroffen werden, wenn die Fakten auf dem Tisch lägen. Er ginge bei der Einrichtung der neuen IGS von 24 SchülerInnen pro Klasse aus.

Frau Stüber erläutert, sie arbeite an der Grundschule Herrentor. Auch dort herrsche bei Eltern, LehrerInnen, aber auch SchülerInnen, momentan eine enorme Unsicherheit. Sie moniert, dass die Schule keine konkrete Auskunft geben könne und bittet darum, die Arbeitsgruppe in Gang zu setzen, um den Eltern klare Aussagen machen zu können.

Herr Seeck erklärt, die Schülerzahlen in Emden seien klar. Fraglich sei allerdings, wie das Land sich bezüglich des nächsten Schulgesetzes entscheiden werde. **Herr Sprengelmeyer** kann hierauf keine Antwort geben. Es sei nicht bekannt, wann dieses komme.

Herr Bongartz erinnert an das Schreiben des Leiters der IGS, Herrn Kottkamp, an die Fraktionen, mit dem Herr Kottkamp die Erfordernisse dargestellt hätte, die sich nach der Besichtigung des GAT am Steinweg herausgestellt hätten. Er betont, dass Herr Kottkamp sich in diesem Schreiben auf eine vierzügige IGS beziehe.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Seeck informiert er den Schulausschuss über die bereits stattgefundenen Änderungen des Schulgesetzes. Herr Seeck meine sicherlich die Verordnung über die Bildung von Klassenstärken. Diese liege im Entwurf vor.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Herr Mecklenburg korrigiert Herrn Bongartz: Herr Kottkamp sei in seinem Brief von einer Fünfüzigkeit ausgegangen. Er hätte aufgeführt, dass bei einer durchgängigen Fünfüzigkeit bis zum Ende der 10. Klasse das Schulgebäude am Treckfahrtstief nicht ausreichen werde. Herr Mecklenburg appelliert an den Rat, bezüglich der Frage der Einrichtung einer zweiten IGS zunächst das Anmeldeverhalten der Eltern abzuwarten.

Frau Stüber moniert, dass die Grundschulen „das letzte Glied in der Schulkette“ seien. Sie erinnert daran, wie lange die Zusammenführung der Emsschule und der Grundschule Nesserland in die Cirksenaschule gedauert hätte. **Herr Sprengelmeyer** sieht dies anders. Die Grundschulen seien das erste Glied in der Schulkette. Diese unsicheren Situationen werde man immer haben. Von daher möchte er zu einer gewissen Gelassenheit mahnen. Im Moment werde von allen Seiten Druck aufgebaut. Dies sei manchmal nicht förderlich.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Sachstandsbericht Bildungsrat Ostfriesland
Vorlage: 16/1011

Ergebnis: Vertagt

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 9 Bericht zum aktuellen Stand der Arbeitsgruppe Inklusion;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.05.2013
Vorlage: 16/0923

Herr Sprengelmeyer erinnert an die zweimalige Vertagung der o. g. Vorlage und seine in den letzten beiden Sitzungen gemachten einleitenden Worte. Dies wolle er heute nicht wiederholen. Die Verwaltung wolle aber gleichwohl die Gelegenheit nutzen, etwas zur Inklusion (der Sichtweise, dem Sachstand der Strukturen und der Einrichtung der Arbeitsgruppe) zu sagen. Er geht noch einmal näher auf die Definition des Begriffs Inklusion ein.

Er zeigt sich erfreut über die personelle Verstärkung auf der neu eingerichteten Fachstelle mit Frau Elisabeth Szag. Sie habe gute Erfahrungen im Bereich der Eingliederungshilfe, die die Verwaltung jetzt mit den Erfahrungen der Jugendhilfe paaren könne.

Anschließend kündigt er den nachfolgenden Vortrag von Herrn Schurig, FB 600, an, in dem es um folgende Fragen ginge:

1. Wie kann Eingliederungs- und Jugendhilfe miteinander verbunden werden?
2. Können Modelle geschaffen werden, die gesetzlich noch gar nicht vorgesehen sind?
3. Wie kann die Verwaltung die gesamte Stadt in sämtlichen Lebensbereichen mitnehmen?

Er weist darauf hin, dass die Anzahl der SchülerInnen, die eine Herausforderung für den Schulbetrieb darstellten, stetig ansteige und ohne eine weitere Unterstützung nicht zu handeln sei. Diese Unterstützung sei aus Hannover so nicht zu erwarten.

Herr Schurig erläutert anhand einer Powerpointpräsentation die Inklusion. Dabei geht er auf die im Jahre 2009 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Behindertenrechtskonvention ein, die sich auf alle gültigen und geltenden Menschenrechte beziehe.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Inklusion repräsentiere den Anspruch, niemanden mehr auszuschließen. Jeder Mensch solle an allen gesellschaftlichen Bedingungen teilhaben. Dies sei der Idealzustand, der angestrebt werde. Zur Verdeutlichung erläutert er die Begriffe Exklusion, Separation, Integration und Inklusion.

Herr Hegewald moniert, er hätte unter TOP 9, Vorlage 16/0923, einen Bericht zum aktuellen Stand der Arbeitsgruppe Inklusion erwartet. Der Vortrag von Herrn Schurig sei zwar interessant, passe aber nicht zum dem o. g. TOP. **Herr Fooker** stimmt dem zu. Das von Herrn Schurig Vorgetragene sei dem Ausschuss bereits bekannt.

Herr Renken kann die Beanstandungen der Herren Hegewald und Fooker sehr gut nachvollziehen. Ihm sei nicht bekannt, wie lange der Vortrag von Herrn Schurig dauere. Er gehe aber davon aus, dass nach einer Einleitung relativ schnell auf den Kern des o. g. Antrages eingegangen werde. Er bittet Herrn Schurig, das Ganze zügig darzustellen.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die von Herrn Schurig vorgetragene Präsentation sei selbstverständlich mit ihm abgesprochen worden. Von daher sei er auch der Ansprechpartner. Allerdings sei bereits in der letzten Sitzung des Schulausschusses darauf hingewiesen worden, dass man sich mit der Thematik inhaltlich noch näher beschäftigen müsse. Die Verwaltung könne den Vortrag aber beschleunigen. **Herr Renken** erwidert, der Ausschuss hätte sich in der Vergangenheit ausführlich mit dem Thema „Demografie“ auseinandergesetzt, weil dies auch eine Querschnittsaufgabe sei und alle Bereiche betreffe. Er schlage daher vor, dieses Thema mit allen Ratsmitgliedern zu diskutieren und sich im Schulausschuss auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Frau Lechner verweist auf den o. g. Antrag der Fraktion Bündnis/Die Grünen, in dem es darum gehe, was bis jetzt umgesetzt worden sei und welche Konzepte es gäbe. In der letzten Sitzung des Schulausschusses sei von der Verwaltung zugesichert worden, konkrete Projekte vorzustellen, mit denen Inklusion an Schulen umgesetzt würde.

Herr Schurig erläutert daraufhin die Schulprojekte:

An den Grundschulen Fruchteburg, Wolthusen und Petkum seien inklusive Schulbegleitungen eingerichtet worden. Hierbei handele es sich um freiwillige Leistungen der Stadt Emden.

Herr Sprengelmeyer geht anhand eines Beispiels näher auf das Antragsverfahren ein, welches in den letzten Wochen immer wieder praktiziert worden sei. Hierfür würden u. a. psychologische Gutachten benötigt und im Bedarfsfall gäbe es Hilfen und Unterstützung. Die Verwaltung habe einige dieser Projekte bereits seit 1 ½ Jahren laufen. Es sei für alle MitarbeiterInnen in der Jugendhilfe, für die Schulen und für die Eltern etwas Neues. Alle Beteiligten seien nach einem Jahr mit dieser Entwicklung sehr zufrieden. Die Schule profitiere im Grunde genommen von dieser Maßnahme, was auch bedeute, dass es von den Schulen eher weniger zusätzliche Anforderungen gäbe.

Aus diesem Verständnis heraus seien einige Schulprojekte entwickelt worden, sozusagen weg von der individuellen Eingliederungs-/Jugendhilfe (seelische Behinderung usw.) hin zu Schulbegleitern. Und die Verwaltung werde aus diesen Projekten heraus Standards entwickeln, die man anschließend dem Rat vorlegen wolle.

Momentan sei die Stadt Emden mit der Organisation einer Onlinebefragung beschäftigt, weil das Thema Inklusion alle Bereiche der Verwaltung betreffe. Die Stadt Emden hätte die bisher bestehenden Strukturen genutzt, u. a. den Arbeitskreis der Grundschulen, den Arbeitskreis der Sek. I- Schulen und das LeiterInnentreffen der Kindertagesstätten in diesen Bereichen einzurichten. Und nun wolle man auch den Arbeitskreis Inklusion im Bereich der Kitas und im Elementarbereich einrichten. Er bittet Herrn Schurig, dies näher zu erläutern.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Herr Schurig erläutert das weitere Vorgehen (siehe Seite 13 der Powerpointpräsentation).

Frau Meinen bedankt sich für den Vortrag. Die Einleitung sei tatsächlich in der Schulausschusssitzung im Mai 2012 bereits vorgetragen worden. Sie möchte wissen, welche Fragen bei der Onlinebefragung gestellt würden und welchen Hintergrund diese habe.

Außerdem sei die Fachstelle Inklusion bereits im Mai 2012 eingerichtet worden. Im Jahre 2013 hätte Herr Sprengelmeyer bei einem Trägertreffen sowie im Jugendhilfeausschuss die ersten inklusiven Projekte, die in der Stadt Emden erarbeitet worden seien, vorgestellt. Sie sei irritiert, dass der Arbeitskreis jetzt erst Anfang 2014 zusammentreten solle. **Herr Schurig** geht auf die verschiedenen bereits bestehenden Gruppierungen

- a) Arbeitskreis Grundschulen
- b) Arbeitskreis Sek I
- c) LeiterInnentreff der Kitas und Krippen
- d) Stadtelternräte der Kitas und Schulen

ein, die bereits Stellungnahmen zu dem Thema abgeben konnten. Da diese nicht ausreichend gewesen seien, werde jetzt der Arbeitskreis Inklusion eingerichtet. Anschließend erklärt er den Hintergrund der Onlinebefragung:

Inklusion beziehe sich nicht auf einen Teilbereich der Gesellschaft, sondern auf alle Produkte und Leistungen, die die Stadt für die BürgerInnen zur Verfügung stelle. Er geht auf die Probleme einiger BürgerInnen beim Ausfüllen von Formularen bei der Verwaltung ein. Dies seien Dinge, die vorangetrieben werden müssten, damit alle städtischen MitarbeiterInnen zum einen den inklusiven Gedanken hätten und zum anderen überlegen könnten, was in den einzelnen Arbeitsbereichen eine Teilhabe verhindere bzw. wo sie vorhanden sei.

Herr Bongartz moniert die Argumentation auf den o. g. Antrag. Er appelliert an die Verwaltung, sich im Schulausschuss auf das Wesentliche zu beschränken. Die Probleme beim Ausfüllen von Formularen seien sicher auch wichtig, sollten aber nicht im Schulausschuss besprochen werden. **Herr Renken** unterstützt dies.

Frau Eggerking erläutert die Unsicherheiten, die die Eltern im Stadtelternrat und an der Förderschule bezüglich der weiteren Schulentwicklung ständig zeigten. Sie appelliert an die Verwaltung, die Schulen „mitzunehmen“.

Frau E. Meyer hat kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung nicht dazu stehe, die Arbeitsgruppe bisher noch nicht eingerichtet zu haben. **Frau Lechner** schließt sich der Meinung von Frau E. Meyer an. Außerdem habe die Verwaltung noch kein klares Konzept.

Herr Sprengelmeyer weist die Meinung von Frau Lechner, es gäbe keine Konzepte, weit von sich. Dies sei nicht korrekt. Für einzelne Herausforderungen gäbe es Konzepte, z. B. werde die Verwaltung den Arbeitskreis einrichten. Er nehme die Anregung des Schulausschusses aber mit und habe die Botschaft verstanden. Aber eines habe ihm die heutige Diskussion gezeigt.

Die Behandlung des Themas Inklusion sei allumfassend.

Herr Renken findet es nicht angebracht, den Ausschuss dafür haftbar zu machen, wie und was hier vorgetragen werde. Konkrete Fragestellungen hätten auf dem Tisch gelegen und diese sollten auch abgearbeitet werden.

Die Powerpräsentation wird als Anlage 2 dem Protokoll der heutigen Sitzung angehängt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

TOP 10 Kindertagesstätte und Grundschule unter einem Dach
Antrag der FDP-Fraktion vom 20.03.2013
Vorlage: 16/1013

Herr Fooken zeigt Verständnis für die personelle Situation des FD 640 in den vergangenen Wochen. Inzwischen sei es aber leider zur Unart geworden, die Verwaltung in den Sitzungen mündlich vortragen zu lassen. Die Fraktionen hätten damit keine Chance, sich anhand von Stellungnahmen auf die Sitzung vorzubereiten. Er bitte daher darum, dieses Verhalten wieder etwas zurückzunehmen. **Herr Bongartz** unterstützt die Ausführungen von Herrn Fooken. Dies betreffe nicht nur den Schulausschuss, sondern den Ratsbereich generell. **Herr Renken** pflichtet dem bei.

Herr Buß geht auf das Gespräch mit dem Leiter der Grundschule Petkum Widdelswehr, Herrn Lischewski, ein. Herr Lischewski hatte seinerzeit grundsätzlich ein Interesse an dem Modell „Kita und Grundschule unter einem Dach“ bekundet, hätte aber mitgeteilt, dass er auch ein Interesse daran habe, die Grundschule Petkum-Widdelswehr zur Ganztagschule umzuwandeln. Da die Räumlichkeiten nicht doppelt genutzt werden könnten, solle vordergründig zunächst das Thema Ganztagschule diskutiert werden.

Herr Fooken erklärt, da seine Fraktion keine Chance gehabt habe, dies im Vorfeld zu beraten, werde er die Argumentation der Verwaltung mitnehmen. Er denke, dass Herr Bolinius sich auch noch einmal mit dem Rektor auseinandersetzen werde. Ggf. werde die Verwaltung einen erneuten Antrag erhalten.

Frau Meinen verweist auf die voll ausgelastete Kindertagesstätte in Petkum. Sie möchte wissen, ob es in Petkum so viele Kinder gäbe, dass eine zweite Kindertagesstätte in der Grundschule eingerichtet werden könne. **Herr Sprengelmeyer** erwidert, in Niedersachsen seien acht Standorte gefördert worden. Da hätte man sowieso nicht partizipieren können, aber gleichwohl sei es immer eine Überlegung gewesen, ob man den Kita-Bereich und den Grundschulbereich hier miteinander verbinden könne und wie sinnig sei dies sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Erhalt der Sprachheilklassen
Antrag der FDP-Fraktion vom 25.09.2013
Vorlage: 16/1012

Herr Buß verweist auf die Ausführungen hierzu unter TOP 5 „Einwohnerfragestunde“.

Zum Schuljahr 2012/2013 sei keine neue Sprachheilklasse mehr gegründet worden. Seinerzeit seien von dieser Situation fünf Kinder, davon drei Emder Kinder, betroffen gewesen. Zurzeit laufe noch eine Sprachheilklasse im 3. Jahrgang an der Schule Grüner Weg, aber ab dem kommenden Schuljahr 2014/2015 werde es in Emden keine Sprachheilklassen mehr geben.

Er hätte auch noch einmal Kontakt mit dem Leiter der Förderschule, Herrn Beckmann, aufgenommen. Bisher seien an die Verwaltung keine Probleme von Kindern, die die Grundschulen besuchten, herangetragen worden.

Die Verwaltung, der zuständige Mitarbeiter der Landesschulbehörde für die Inklusion, Herr Krömer, und auch der Leiter der Förderschule, Herr Beckmann, seien sich darüber einig, dass es nur schwer zu vermitteln sei, SchülerInnen mit vermutetem Unterstützungsbedarf im Bereich Lernen in die Grundschule einzuschulen und gleichzeitig potentielle GrundschülerInnen mit Sprachschwierigkeiten in Sprachheilklassen zu separieren. Es gäbe natürlich Härtefälle, wie von Frau Hinrichs geschildert, aber der Inklusionsgedanke sei natürlich ein anderer. Diese

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

SchülerInnen müssten dann auch entgegen dem Inklusionsgedanken bereits vor der Einschulung, u. a. mit einem Intelligenztest, getestet würden. Erfahrungsgemäß würden viele SchülerInnen gemeldet, die neben ihren sprachlichen Problemen eher einen Unterstützungsbedarf im Bereich Lernen hätten. Insofern spreche sich die Verwaltung dafür aus, keine Sprachheilklassen wieder einzurichten.

Auf Anfrage teilt er mit, dass es nach seiner Kenntnis kein Kind gäbe, welches derzeit die Sprachheilschule in Wilhelmshaven besuche.

Herr Fooker bedankt sich für den Vortrag von Herrn Buß. Er möchte wissen, ob es eine Kooperation für den eingangs geschilderten Fall geben könnte, so dass vielleicht über den LK Aurich noch eine gesonderte Unterstützung erfolgen könnte, ohne dass die Sprachheilschule in Wilhelmshaven hier eingeschaltet werden müsse. **Herr Buß** sagt eine Überprüfung zu.

Frau Meinen geht auf die Institution NIFBE (Niedersächsisches Institut für Bildung und Entwicklung) ein, welches Sprachheilunterricht in den Grundschulen anbiete. Sie möchte wissen, ob Herr Sprengelmeyer hierzu Näheres sagen könne. Insbesondere interessiere sie,

- a) ob die Kinder im Unterricht direkt von NIFBE betreut würden
- b) wie viel BetreuerInnen es gäbe
- c) wie die Finanzierung sei und
- d) in welche Projekte NIFBE einbezogen worden sei

Herr Seeck schließt sich den Ausführungen von Frau Meinen an. Ihm sei nicht klar, wie in einer Klasse mit LehrerInnen und evtl. Helferinnen ein Kind die optimale Förderung erfahren könne.

Frau Stüber erklärt, aus Lehrersicht könne sie dies nur bestätigen. Die LehrerInnen seien natürlich nicht in dem Sinne geschult wie LehrerInnen der Förderschule. Sie hätten z. B. an der Grundschule Herrentor keine Logopädin. Und letzten Endes gäben die Räumlichkeiten diese Möglichkeiten auch nicht her. Außerdem hätte sie noch nie gehört, dass NIFBE eine Sprachförderung in der Grundschule durchführe. Dies wäre ihr absolut neu.

Frau Lechner meint, hinzu kämen im Sek. I-Bereich die Mängel, die momentan im Bereich „emotionale soziale Entwicklung“ herrschten, für die in Emden – im Gegensatz zu den Städten Oldenburg und Lüneburg z. B. - kein mobiler Dienst vorgehalten werde. Die Schulen bekämen zwar für das Stundenkontingent 3,5 Stunden gutgeschrieben, aber man bekäme nicht die Förderlehrerstunden. Hier stehe auch noch ein Antrag aus.

Herr Bongartz schließt sich den Ausführungen von Frau Stüber und Herrn Seeck an. Er halte auch die LehrerInnen, selbst wenn sie dafür ein bisschen ausgebildet seien, nicht für fähig, diese Probleme zu lösen. Und von daher glaube er, dass für das Kind von Frau Hinrichs eine ganz gezielte Sprachförderung an eine Schule angekoppelt werden müsste. Inklusion sei ein Segen, aber Inklusion dürfe kein Zwang sein, sondern müsse vom Willen der Eltern umfasst werden.

Herr Götze geht näher auf die Behandlung des Themas in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in der Sitzung am 20.11.2013 (Vorlage 16/1003 „Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, einschl. Schulsozialarbeit in Emden) ein. Hier sei in erster Linie auf die Finanzierung, aber auch auf eine Liste über die Stellen eingegangen worden, bei denen eine Sprach- und Lernförderung stattfinden könne.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, unter TOP 7, Vorlage 16/1010 sei beanstandet worden, dass über den Begriff Inklusion gesprochen werde. Er wundere sich daher, dass jetzt doch eine inklusive Diskussion entstanden sei. Anschließend geht er auf die Aufgaben des seit fünf Jahren existierenden NIFBE ein:

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

Das NIFBE sei u. a. für die Wahrnehmung der Bildungsschwerpunkte, z. B. die Sprache, zuständig. Dies hätte NIFBE sich nicht ausgesucht, sondern sei vom Land so angeordnet worden. Er verweist auf die Vorstellung des Projektes Sprachförderung in der letzten Sitzung des Arbeitskreises Grundschulen.

Er bestätigt, dass es für den Sek.I-Bereich keinen mobilen Dienst gäbe. Gleichwohl gäbe es ihn durch MESEO im Grundschulbereich. Das Projekt laufe außerordentlich gut in Emden, in den anderen Standorten nicht ganz so gut.

Frau Stüber entgegnet, ihres Erachtens bringe der Einsatz des NIFBE in den Schulen nichts. Es sollte daher überlegt werden, wie man im Bereich Sprache ein gemeinsames Bildungsverständnis erhalte. **Herr Sprengelmeyer** erwidert, der Einzelfall sei vorher überhaupt nicht planbar. Gleichwohl müsse es eine Grundqualifizierung geben. Nicht jeder Lehrer müsse alles können. Er spricht sich für interdisziplinäre Teams aus, z. B. im Bereich Sprache, aber auch bei körperlichen Handicaps.

Er informiert, dass im nächsten Jahr ein mehrfach belastetes Kind an einer Grundschule eingeschult werde. Dies sei eine ganz besondere Situation.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Zukunft des Projektes "Lern- und Lebenswelt Grundschule"; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.11.2013
Vorlage: 16/1018

Frau Lechner erläutert, im letzten Jugendhilfeausschuss sei mitgeteilt worden, dass der Kooperationsvertrag bezüglich des o. g. Projektes zwischen dem Träger der AWO und der Stadt Emden aufgekündigt worden sei. Sie möchte wissen, warum es zu dieser vorzeitigen Kündigung gekommen sei, ob es Probleme mit dem Träger gegeben habe und warum diese Kündigung mitten im Schuljahr stattfinden solle.

Außerdem hätte sie gerne noch Informationen zu dem Übergangskonzept, welches vom 01.01.2014 bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 laufen solle. Zudem möchte sie wissen, wer zukünftig die Koordinierung des Projektes übernehmen solle.

Sie fragt, ob die Stadt Emden während des Übergangskonzeptes Träger sein werde und die 35 Honorarkräfte unter Vertrag nehmen werde.

Herr Sprengelmeyer verweist auf die zugesagte Beantwortung der Fragen im nächsten Jugendhilfeausschuss am 04.12.2013. Diese werde nun um zwei Wochen vorgezogen:

Er nennt die verschiedenen Gründe, warum die Kooperation mit dem bisherigen Träger gekündigt worden sei (Druck an den Grundschulen, Kosten für Integrationshelfer usw.). Dies heiße aber nicht, dass die Verwaltung mit der AWO gar nicht mehr zusammenarbeiten möchte. Z. B. bleibe ein Teil der bisherigen Angebote, wie z. B. das Elterncafé bei dem bisherigen Träger. Außerdem solle der Bereich Ernährung mit einem weiteren freien Träger besetzt werden. Die 35 Honorarkräfte blieben zunächst bei der AWO. Seines Erachtens sei es aber besser, die Federführung der Stadt Emden zu überlassen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die hierfür eigens beim FB 600 angesiedelte auf zwei Jahre befristete Projektstelle.

Frau Lechner erklärt, sie hätte den Ausführungen von Herrn Sprengelmeyer entnommen, dass damit alles beim Alten bleibe. Die o. g. Mitteilungsvorlage sei ihres Erachtens eigentlich hinfällig. **Herr Sprengelmeyer** hat kein Verständnis für diese Auffassung. Es werde sich grundlegend etwas verändern: Z. B. werde die Gesamtprojektverantwortung zukünftig nicht bei der AWO,

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2013

sondern bei der Stadt liegen. Auch der Bereich Ernährung werde nicht mehr bei der AWO angesiedelt.

Herr Seeck fasst zusammen:

- a) Das Konzept wird weitergefahren, aber mit einer stärkeren Anbindung an die Grundschulen.
- b) Das Elterncafé bleibt bei der AWO.
- c) Die 35 Honorarkräfte werden über die zeitlich befristete Projektstelle der Stadt betreut.
- d) Im Ernährungsbereich wird für die jetzige AWO-Mitarbeiterin ein neuer Träger gesucht.

Herr Sprengelmeyer bestätigt die Ausführungen von Herrn Seeck.

Frau Stüber verliest ein Statement ihrer Kolleginnen und Kollegen zu dem o. g. Projekt. Dieses wird dem Protokoll als Anlage 3 angehängt. **Herr Renken** bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag von Frau Stüber. **Herr Sprengelmeyer** schließt sich dem an.

Frau Eggerking möchte wissen, warum die MitarbeiterInnen zunächst entlassen werden müssten, wenn sie anschließend doch wieder weiterbeschäftigt werden sollten. **Herr Sprengelmeyer** antwortet, die MitarbeiterInnen würden ihren Arbeitgeber wechseln und müssten daher zunächst entlassen werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Veranstaltung „Gesund aufwachsen in Ostfriesland“.

Herr Sprengelmeyer informiert den Schulausschuss über die o. g. Veranstaltung, die

am Dienstag, den 26.11.2013, um 18.00 Uhr in der Neuen Kirche

stattfinden werde. Als Dozent werde Herr Prof. Dr. Martin Stummbaum (FB Soziale Arbeit und Gesundheit, Hochschule Emden-Leer) auftreten. Der Eintritt sei frei. Herr Sprengelmeyer würde es begrüßen, wenn auch einige Mitglieder des Schulausschusses an dieser Veranstaltung teilnehmen könnten.

TOP 14 Anfragen

1. Schulbusverbindungen

Frau Lechner erläutert, da die Region Ostfriesland bei Lehrern nicht sehr beliebt sei, seien Stellen, die in den Schulen ausgeschrieben würden, nur schwer wieder zu besetzen. Aufgrund dessen käme es des Öfteren auch zu Schulausfällen. Dies betreffe auch die IGS. Da die IGS in Blöcken arbeite, hätten die SchülerInnen beim Ausfall des ersten Blocks keine Möglichkeit mehr, mit dem Bus zu fahren, weil es zum zweiten Block dann keine Busverbindung mehr gäbe. Sie bitte um Überprüfung.

Herr Sprengelmeyer erwidert, das Thema sei bei der Stadt Emden bekannt. Es werde nach einer Lösung gesucht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.